

DIE AUSWIRKUNGEN DES KRIEGSAUSBRUCHS AUF EINE GLOBALISIERTE WELTWIRTSCHAFT

Boris Barth

EINFÜHRUNG: ÖKONOMISCHE GLOBALISIERUNG VOR 1914

Ausgehend von der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der 1990er Jahre hat sich unter Historikern ein breiter Konsens darüber gebildet, dass die globale Vernetzung der Weltwirtschaft vor 1914 ein zuvor niemals gekanntes Ausmaß erreicht hat.¹ Übereinstimmung besteht weiterhin darüber, dass der Erste Weltkrieg und seine langfristigen Folgen diesen hohen Grad von ökonomischer Globalisierung deformiert, bzw. zerstört haben, dass es in den 1920er Jahren trotz erheblicher Bemühungen nicht gelang, an diese Erfolgsgeschichte der Vorkriegszeit anzuknüpfen, und dass der Börsencrash von 1929 und die folgende Große Depression nicht nur zu einer dramatischen Schrumpfung des Welthandels, sondern auch zu einer Regionalisierung und Zersplitterung der Weltwirtschaft in einzelne Wirtschafts- und Währungsblöcke geführt hat. Erst seit den späten 1970er bzw. in den 1980er Jahren ist es wieder gelungen, ein Maß an weltwirtschaftlicher Integration zu erreichen, das mit der Zeit von vor 1914 vergleichbar gewesen wäre. Auch wenn dieses sehr pauschale Bild auf der regionalen und sektoralen Ebene einiger Korrekturen bedarf, so handelt es sich um den derzeit grundsätzlich akzeptierten Forschungsstand.

Die entscheidende Voraussetzung für die wachsende globale ökonomische Integration im 19. Jahrhundert bestand in der Existenz und in der Expansion des britischen Empires. London stellte das *clearing center* der Weltwirtschaft dar, zu dem jeder internationale Marktteilnehmer jederzeit Zugang hatte. Im Empire herrschte weitgehend Freihandel, d.h. jeder – auch nicht-britische – Investor konnte jederzeit beispielsweise in Indien, Ägypten oder Südafrika Geschäfte tätigen, sofern er dies wollte. Gewisse Einschränkungen bestanden nur bei strategisch sensiblen Transaktionen wie z.B. bei Hafen- oder bei Eisenbahnbauten. Zudem garantierte die weltweite Präsenz der britischen Flotte, dass in London definierte liberale Normen eingehalten, bzw. im Konfliktfall gewaltsam durchgesetzt wurden. Zahlungsunfähige Schuldnerstaaten mussten mit dem stets einsatzbereiten

¹ Grundlegend zur ökonomischen Globalisierung vor 1914 immer noch: Knut Borchardt, *Globalisierung in historischer Perspektive*, München 2001; Jürgen Osterhammel, Niels P. Petersson, *Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München 2007.

britischen militärischen Drohpotential rechnen. Vor 1914 benutzten im Übersee-handel auch alle deutschen Firmen fast ausschließlich die Pfund-Sterling Valuta, die damit – modern gesprochen – eine Art von globaler Leitwährung darstellte. Zwar ist nach der Jahrhundertwende ein relativer Rückgang der britischen Industrie- und Warenfertigung gegenüber den neuen Konkurrenten USA und Deutsches Reich erkennbar. Doch spielten die USA als globaler Konkurrent der Briten keine Rolle, weil die sehr hohen amerikanischen Produktionszahlen fast vollständig vom rapide wachsenden Binnenmarkt absorbiert wurden. Gerade im Bankwesen bestand ferner eine sehr enge deutsch-britische Kooperation. Es wäre grundsätzlich falsch anzunehmen, dass „deutsche“ Banken stets auch im „deutschen“ Interesse handelten. Das gleiche gilt für die großen Finanziers der *City of London*. Gerade wegen der umfangreichen globalen Verflechtungen orientierten sich Finanziers an Profitmöglichkeiten und nur in Ausnahmefällen an den vorgeblichen oder wirklichen „nationalen“ Interessen ihrer Regierungen. In dieser Hinsicht markierte der Erste Weltkrieg einen scharfen Einschnitt, weil er in einem bisher quantitativ nur schwer abschätzbaren Maße die Nationalisierung des zuvor weitgehend internationalen Kapitals beförderte. Politisch und militärisch bestand zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich seit der Jahrhundertwende eine wachsende und scharfe Konkurrenz, denkt man an koloniale Rivalitäten oder an den Flottenbau. Der rasante Aufstieg der deutschen Wirtschaft hatte viele Ursachen, aber die rapide deutsche ökonomische Expansion in die Weltmärkte war nur deshalb möglich, weil das Empire existierte.

Zwei Punkte sind allerdings kritisch hervorzuheben. Erstens ist das Bild einer ökonomisch globalisierten Welt vor 1914 eindeutig eurozentrisch bzw. durch die Perspektive der Industrieländer geprägt. Ökonomische Globalisierung stellte im 19. Jahrhundert einen Prozess dar, der durch das aktive Handeln von exportorientierten Firmen und Banken vorangetrieben wurde und der zudem eng mit dem imperialistischen Ausgreifen der europäischen Kolonialmächte verknüpft war. Vor allem das britische Empire und die seit den 1840er Jahren aggressiv vorangetriebene britische Freihandelspolitik waren dafür verantwortlich, dass immer größere Teile der Welt in ökonomische Zusammenhänge eingegliedert wurden, deren Spielregeln maßgeblich von europäischen Akteuren bestimmt wurden. Ebenso waren die rapide Industrialisierung und der technische Fortschritt, durch den bisher kaum oder gar nicht bekannte Teile der Erde unterworfen wurden, wesentlich durch Europa bestimmt – Ausnahmen wie die USA und Japan bestätigen die Regel. Ökonomische Expansion war allerdings nicht deckungsgleich mit kolonialer Herrschaft. Konsens besteht unter Historikern darüber, dass der Kolonialismus vor 1914 – von einigen Ausnahmen wie Indien abgesehen – volkswirtschaftlich für das Mutterland meist wenig rentabel war, während informelle Herrschaft demgegenüber in vielen Fällen enorme Profite abwerfen konnte. Zwar gab es auch 1914 noch einige Regionen, die kaum in die globalen Ökonomien integriert waren, doch können diese im hier verfolgten Zusammenhang vernachlässigt werden. Tibet oder der Norden Sibiriens dürften weitgehend autark gewesen sein, doch selbst die Handelswege in der inneren Sahara wurden 1913 durch politische Er-

eignisse in Mitleidenschaft gezogen, die sich in ganz anderen Regionen Afrikas abspielten und die maßgeblich von den Franzosen initiiert worden waren.²

Zweitens fällt die überwiegend positive Sichtweise auf, mit der die ökonomische Globalisierung vor 1914 heute meistens betrachtet wird. Diese Interpretation ist vor allem erklärbar durch die verheerenden Folgen der Großen Depression der 1930er Jahre. Der Gegensatz zwischen der Zeit vor 1914 und den 1930er Jahren erklärt, warum die ökonomische Globalisierung in der Rückschau gelegentlich idealisiert wird. Dies soll hier ausdrücklich nicht geschehen, denn auch die Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg hatte ihre Schattenseiten. Hierzu zählten die Zerstörung funktionierender originär afrikanischer oder asiatischer Ökonomien und traditioneller Handelswege, eine konstante und sehr hohe Armutsmigration vor allem nach Nordamerika, die Umformung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Mutterlandes in abhängigen Territorien und in den europäischen Kolonien und nicht zuletzt katastrophale Hungersnöte, die von den Briten durch das bedingungslose Festhalten am Freihandel und an der radikal liberalen Nicht-Interventionspolitik verschärft wurden. Allein im Zuge der großen Hungerkatastrophe in Indien zwischen 1876 und 1878 kamen mehrere Millionen Menschen ums Leben, weil die Landwirtschaft einseitig auf den britischen Export ausgerichtet war und selbst aus den Hungerregionen Weizen exportiert wurde.

In der internationalen Krisenbewältigungspolitik, die auf die Lehman-Krise von 2008 folgte, stand stets das warnende Menetekel der Folgen von 1929 im Raum. Nahezu alle handelnden Akteure nahmen die Mahnung ernst, dass große Krisen in keinem Falle ausschließlich im nationalen Rahmen bewältigt werden können und dass internationale Kooperation das Gebot der Stunde darstellte. Bereits 2001 hatte Harold James in einem in Deutschland nur wenig beachteten Buch zur Großen Depression die berechtigten Fragen gestellt, ob eine solche Katastrophe noch einmal geschehen könne, und ob globale Systeme an ihren eigenen Widersprüchen zerbrechen können.³ Selbst wenn man diese Fragen verneint, so ist doch kaum bestreitbar, dass der Erste Weltkrieg ein Zeitalter der globalen ökonomischen Integration beendete. Im Folgenden soll vor allem das Jahr 1914 genauer betrachtet und das Problem untersucht werden, ob und in welcher Weise der Ausbruch des Ersten Weltkriegs bereits einen irreversiblen wirtschaftlichen Einschnitt bedeutete.

2 Vgl. hierzu: Astrid Meier, *Hunger und Herrschaft. Vorkoloniale und frühe koloniale Hungerkrisen im Nordschad*, Stuttgart 1995.

3 Vgl. Harold James, *The End of Globalization. Lessons from the Great Depression*, London 2001.

DIE ZÄSUR VON 1914

Aus der langfristigen Perspektive stellte das Jahr 1914 eine entscheidende Epochenzäsur dar, durch die das erste Zeitalter der Globalisierung unwiderruflich beendet wurde und durch die Europa seine globale ökonomische Vormachtstellung verlor. Obwohl viele Zeitgenossen düstere Zukunftsprognosen stellten, waren die langfristigen Folgen des Kriegsausbruchs zu diesem Zeitpunkt noch nicht prognostizierbar. Auch ist fraglich, ob 1914 wirklich den *point of no return* markierte. Denn die in diesem Jahr eingeleiteten Entwicklungen wären zunächst noch revidierbar gewesen. Wenn der Krieg aus irgend einem Grund bereits Ende 1915 oder sogar Anfang 1916 mit einem Kompromissfrieden geendet hätte, und die Beteiligten sich darauf geeinigt hätten, zum *status quo ante* zurückzukehren, wären die ökonomischen Folgen zwar schwerwiegend, aber doch beherrschbar gewesen. Ende 1918 hingegen waren sie es nicht mehr, und die gesamten 1920er Jahre waren von dem vergeblichen Versuch bestimmt, eine stabile neue Weltwirtschaftsordnung zu etablieren.

Bereits in der älteren Literatur sind die wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen einiger der beteiligten europäischen Staaten ausführlich untersucht worden.⁴ Die Ergebnisse sind gleichermaßen eindeutig wie frappierend: Wie im militärischen Bereich waren die finanziellen und ökonomischen Kriegsvorbereitungen mangelhaft, weil offensichtlich kaum einer der zeitgenössischen staatlichen Experten und privaten Unternehmer in der Lage war, sich die Dimensionen eines kommenden großen europäischen Krieges auszumalen. Lediglich in der deutschen privaten Wirtschaft wurden nach der zweiten Marokkokrise, als Europa im September 1911 vor einem deutsch-französischen Krieg zu stehen schien, einige – wenn auch ganz unzulängliche – Vorbereitungen getroffen. Das Hauptthema des Vierten Allgemeinen Deutschen Bankierstages im September 1912 war die finanzielle Kriegsvorbereitung. Lebhaft wurde darüber diskutiert, ob die Finanzwirtschaft auf einen Krieg vorbereitet sei. Im hier verfolgten Zusammenhang sind zwei Beobachtungen zentral: Einerseits wurde das größte Problem in einer möglichen Börsenpanik bei Kriegsausbruch gesehen. Bei der Vermeidung solch einer Panik sollten die Finanziers auch sehr erfolgreich sein, wie sich Anfang August 1914 zeigte. Zweitens aber wurde weder über die zu erwartende Länge eines Krieges diskutiert, noch wurden die Kosten realistisch vorausgesehen, sondern stattdessen drastisch unterschätzt.⁵ Auch in den folgenden zwei Jahren sahen die Experten weder die Folgen der britischen Blockade, noch die immensen Kosten des Krieges voraus. Wie bei den Militärs, die ganz auf den Erfolg des hoch riskanten Schließenplans setzten, fehlte jedes *worst case*-Denken. Nicht einmal im Ansatz wurde der Versuch unternommen, in Planspielen oder in Denkmodellen eventuel-

4 Vgl. für Deutschland: Lothar Burchard, *Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914*, Boppard 1968.

5 Vgl. Verhandlungen des Vierten Allgemeinen Deutschen Bankierstages zu München am 17. und 18. September 1912, Berlin 1912.

le Fehlschläge einzukalkulieren, die prekäre Rohstoff- und Nahrungsmittelsituation zu analysieren oder zumindest die Möglichkeit eines langen europäischen Konfliktes abzuschätzen.

Einigermaßen realistisch wirken demgegenüber die britischen Vorstellungen, im Konfliktfall das Deutsche Reich und seine Verbündeten mit einer Fernblockade von allen überseeischen Märkten abzuschneiden und langfristig entscheidend zu schwächen. Dies stellte eine strategische Konzeption dar, die in britischer Tradition wirtschaftliche Faktoren in eine militärische Seestrategie integrierte und die Erfahrungen des Amerikanischen Bürgerkriegs einbezog. Die Seeblockade der Union hatte in erheblichem Maße zur Niederlage der Konföderation beigetragen. Noch weniger als im Deutschen Reich wurde die Eventualität eines Krieges aber in der Privatwirtschaft der Entente-Staaten bedacht. Weder der britische, noch der französische Finanzmarkt waren in irgendeiner Weise auf einen Kriegsausbruch, geschweige denn auf einen großen und langen Krieg vorbereitet. Um ein finanzielles Chaos zu verhindern, musste sofort ein Zahlungsmoratorium verkündet werden. Die Börse in Paris konnte erst am 7. Dezember 1914 und diejenige in London am 4. Januar 1915 mit Einschränkungen wieder geöffnet werden.⁶ Ein derart drastischer Schritt war in Deutschland nicht notwendig, da die privaten Finanzinstitute und die *Reichsbank* zumindest für einen Kriegsausbruch einige Vorsorgemaßnahmen getroffen hatten. Gänzlich unrealistisch waren aber die weitergehenden ökonomischen Konzepte des deutschen Staates, da diese sich an einem kurzen Krieg orientierten, der zudem nicht in den ökonomischen Bereich eskalieren würde.

Paul Kennedy hat die deutsch-britische Handelsrivalität als einen von mehreren Faktoren benannt, die zur Verschlechterung der bilateralen Beziehungen beigetragen hätten. Ohne Zweifel wurden bereits seit der späten Bismarckzeit britische Waren in Deutschland durch Zölle benachteiligt. Zugleich war es deutschen Exportfirmen vor 1914 gelungen, in zahlreiche zuvor britisch dominierte Märkte einzudringen und dem britischen Handel erhebliche Marktanteile abzunehmen. Dies galt vor allem für Lateinamerika, wo deutsche Handelshäuser und Banken erhebliche Erfolge erzielten. Trotz dieser Konkurrenzsituation stellten Großbritannien und das Deutsche Reich aber auch füreinander sehr wichtige Kunden dar. 1913 importierte Großbritannien Waren im Wert von 80,4 Millionen Pfund aus Deutschland, exportierte im Wert von 40,6 Millionen und re-exportierte im Wert von 19,8 Millionen. Hinzu kamen noch die wahrscheinlich beträchtlichen Warenmengen, die über Drittländer verkauft wurden. Damit befand sich das Deutsche Reich für Großbritannien auf dem zweiten Platz der Importeure (nach den USA) und bei den Exporten ebenfalls auf Platz zwei (nach Indien).⁷ Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der August 1914 für beide Länder einen tiefen Einschnitt bedeutete, weil jeweils einer der wichtigsten Absatz- und Handelsmärkte

6 Zu den Börsen vgl. Jacob Riesser, *England und wir. Finanzielle und wirtschaftliche Kriegswirkungen in England und Deutschland*, Leipzig 1915.

7 Vgl. Paul Kennedy, *The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914*, London 1982, S. 293f.

verloren ging. Dies war führenden Wirtschaftskreisen sowohl in London als auch in Berlin völlig bewusst und erklärt, warum beispielsweise in der Bankenwelt der Kriegsbeginn keineswegs begeistert begrüßt wurde.⁸ Salopp formuliert: Selbst wenn persönliche oder nationale Animositäten bestanden, schien es hochgradig irrational zu sein, einen der besten und profitabelsten Kunden umzubringen.

Vielleicht auch infolge mangelhafter Planungen begann der Erste Weltkrieg unter ökonomischen Aspekten im August 1914 recht moderat als konventioneller Krieg: Feindvermögen wurden eingefroren. Alle Zentralbanken trafen Maßnahmen zum Schutz der eigenen Währungen. Vorbereitende Maßnahmen zur Bewirtschaftung seltener strategischer Rohstoffe wurden getroffen, und Experten begannen zu untersuchen, auf welche Weise die zu erwartenden Kosten für den Krieg aufgebracht werden könnten. In dieser Hinsicht unterschieden sich die Entscheidungen im August und September 1914 kaum von denjenigen, die auch bei vorhergehenden Konflikten wie etwa dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 in Europa getroffen worden waren.

Allerdings war schon im August 1914 vielen Beteiligten klar, dass der Konflikt kein klassischer Kabinettskrieg sein würde, bei dem sich die Kontrahenten nach einem kurzen Schlagabtausch an den Verhandlungstisch setzen würden, sondern dass ein europäischer Hegemonialkrieg begonnen hatte. Auch wenn heute unter Historikern umstritten ist, ob es sich beim Ersten Weltkrieg bereits um einen totalen Krieg handelte, ist die Tendenz unübersehbar, dass sehr schnell alle überhaupt nur denkbaren Lebensbereiche vom Krieg erfasst wurden. Bereits wenige Wochen nach dem Kriegsausbruch zeichnete sich ferner nach der deutschen Niederlage an der Marne ab, dass der Krieg nicht alleine auf dem Schlachtfeld entschieden werden würde, sondern dass die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Ökonomien und die industriellen Produktionszahlen eine zentrale Rolle für den Ausgang des Konfliktes spielen würden.

Wie die immer noch grundlegenden Studien von Carl-Ludwig Holtfrerich und Gerald D. Feldman gezeigt haben, setzte die Inflation, die in Deutschland nach 1921 und dann vor allem 1923 so verheerende Folgen haben sollte, bereits unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges ein.⁹ Dieser Befund gilt für fast alle am Krieg beteiligten Staaten. Die Zentralbanken setzten im Moment der Kriegserklärung die Golddeckung ihrer Währung aus, um die jeweiligen Goldvorräte zu schützen. Der internationale Goldstandard, der bis dahin den Industriestaaten eine solide und robuste Basis für ihren internationalen Handel geboten hatte, wurde faktisch aufgegeben. Allerdings wurde zu diesem Zeitpunkt ohne Ausnahme erwartet, dass es sich hier lediglich um eine vorübergehende Maßnahme handeln und nach dem Ende des Krieges der Goldstandard so schnell wie möglich wieder

8 Vgl. die Zitate bei Boris Barth, *Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen. Banken und Außenpolitik vor 1914*, Stuttgart 1995, S. 454f.

9 Vgl. zum Beispiel Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin 1980; Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, Oxford 1993.

hergestellt werden würde, eben weil dieser sich außerordentlich bewährt hatte. Der schleichende inflationäre Prozess, der durch die Suspendierung der Gold-einlösepflicht der Zentralbanken in Gang gesetzt wurde, hat bei den Zeitgenossen anfangs nur wenig Besorgnis ausgelöst. Häufig wurde diese Maßnahme als kurzfristige, kriegsbedingte Notmaßnahme gesehen. Auch findet sich die Auffassung, dass eine gewisse Aushöhlung der eigenen Währung kein Problem darstelle, da am Ende der Verlierer ohnehin die eigenen Kriegskosten vollständig bezahlen würde. Da zudem fast überall sehr schnell staatliche Preiskontrollen eingeführt wurden, war die schleichende Inflation für die Verbraucher anfangs im Alltag kaum erfahrbar. Erst in der zweiten Kriegshälfte fand zumindest bei den Zentralmächten eine sehr viel realistischere Preisbildung am Schwarzmarkt statt, die aber von der Bevölkerung wiederum als kriegsbedingte Anomalie interpretiert wurde.

Langfristig hatte die Aufgabe des Goldstandards aber erhebliche Folgen, die noch nach dem Zweiten Weltkrieg zu spüren waren. Der Goldstandard war seit den 1870er Jahren international eher zufällig und ungeplant entstanden. Seine großen Vorteile bestanden darin, dass er für stabile Wechselkurse zwischen denjenigen Währungen sorgte, die an ihn angebunden waren, dass er damit Ex- und Importe problemlos kalkulierbar machte und dass er innerhalb eines gewissen Rahmens im Handel der Industriestaaten untereinander automatisch für einen Zahlungsbilanzausgleich sorgte. Seine deflationäre Wirkung trat in den europäischen Industriestaaten nicht negativ in Erscheinung, weil sich deren Wirtschaft seit den 1890er Jahren ohnehin in einem – nur selten durch kurze Krisen unterbrochenen – kontinuierlichen und robusten Wachstum befand. Zudem bevorzugte der Goldstandard im Handel mit Regionen, die nicht an ihn angebunden waren, eindeutig die Industriestaaten, wie sich z.B. innerhalb des britischen Empires zeigen lässt.¹⁰ Faktisch war der Goldstandard damit die entscheidende währungspolitische Basis für die von Europa ausgehende Globalisierung. Dies war den meisten Zeitgenossen bewusst, und deshalb wurde nach dem Ende des Krieges auch eine schnelle Rückkehr zu den Goldwährungen angestrebt. Allerdings stellten sich die Rahmenbedingungen nach 1918 völlig anders dar, als ursprünglich erwartet worden war.¹¹ Der Übergang zu einem aufgeweichten Gold-Devisenstandard war – wie die bahnbrechende Studie von Berry Eichengreen gezeigt hat – maßgeblich mitverantwortlich für die Härte, mit der die Krise von 1929 die Weltwirtschaft traf.¹² Erst nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es mit dem Bretton-Woods-System wieder einen internationalen Rahmen zu schaffen, der – wenn auch in einem regional begrenzteren Raum – ähnliche Stabilität garantierte.

10 Vgl. immer noch: Marcello De Cecco, *Money and Empire. The International Gold Standard 1890–1914*, Oxford 1974.

11 Hierzu neuerdings: Matthias Morys, *The Disintegration of the Gold Exchange Standard during the Great Depression – Déjà Vu for the Eurozone?*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 39 (2013), S. 153–176.

12 Vgl. grundlegend: Berry Eichengreen, *Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919–1939*, New York 1992.

Auch aus einem anderen Grund bedeutete der Kriegsausbruch für die internationale Finanzwelt einen scharfen Einschnitt. Die Kapitalmärkte waren von allen Branchen in der globalen Wirtschaft am stärksten miteinander verflochten. Diese zahlreichen Verknüpfungen, die sich sehr häufig in informeller Kooperation, oft aber auch in institutionalisierten Konsortien oder in fest etablierten Kontakten zur Industrie und zum Handel niedergeschlagen hatten, waren ausschließlich in privatwirtschaftlicher Initiative entstanden und gewachsen. Versuche einzelner Regierungen, bestimmte multinationale finanzielle Transaktionen im eigenen politischen Sinne zu beeinflussen, hat es vor 1914 häufig gegeben. Doch war die Wirkung dieser Interventionen stets begrenzt gewesen, weil die jeweiligen Nationalstaaten kaum über Mittel verfügten, Börsen und Anleger zu kontrollieren bzw. nachhaltig zu beeinflussen. Große internationale Staatsanleihen stellten zwar stets ein Politikum dar. Die alltäglichen Transaktionen der Banken ließen sich aber kaum steuern. Die internationalen Märkte waren grundsätzlich transparent. Die *City of London* war auch deshalb zum Zentrum der Weltwirtschaft geworden, weil die britische Regierung die Kapitalmärkte so wenig wie möglich regulierte. Die deutsche und die französische Regierung haben vor 1914 hingegen mehrfach versucht, nachhaltigen Einfluss auf die Politik „ihrer“ Banken zu nehmen, bzw. Investitionen in eine außenpolitisch gewünschte Richtung zu lenken. Doch waren die Resultate dieser Bemühungen wenig erfolgreich gewesen.¹³ Beispielsweise hatte die deutsche Regierung vor der Jahrhundertwende erstens versucht, mit gesetzlichen Regulierungen Kleinanleger zu schützen und den spekulativen Handel mit Aktien von Goldminen zu begrenzen. Im Börsengesetz von 1896/97 wurden zweitens an der Berliner Börse Warendermingsgeschäfte quasi verboten. Innerhalb weniger Tage war die Spekulation einfach von Berlin nach London übergesiedelt, ohne dass die Politik dieses verhindern konnte.¹⁴

Der Kriegsausbruch änderte das Verhältnis zwischen dem privaten Bankensektor und den jeweiligen Regierungen grundsätzlich, weil der Zugang zu Kapital und Kredit kriegsentscheidend wurde. Schon in den ersten Monaten nach dem August 1914 schufen sich alle Regierungen der Großmächte gesetzliche Instrumentarien, mit denen sie im wachsenden Maße in die Finanzmärkte eingreifen konnten. Alle Regulierungen waren auch hier lediglich als vorübergehende kriegsbedingte Maßnahmen gedacht. Doch erwies sich mit fortlaufender Kriegsdauer, dass immer stärkere staatliche Eingriffe nicht zu vermeiden waren. Alle Staaten, die am Krieg teilnahmen, bauten im wachsenden Maße Kontrollinstrumente auf, die nach 1918 nur teilweise wieder demontiert wurden. Mittel- und langfristig förderten die Kriegsereignisse eine Nationalisierung des internationalen Kapitals, die vor 1914 unmöglich gewesen wäre. Zwar versuchten vor allem

13 Vgl. z.B. Barth, *Die deutsche Hochfinanz und die Imperialismen*, S. 456–461.

14 Vgl. hierzu Boris Barth, *Banken und Kapitalexpert vor 1914. Anmerkungen zum Forschungsstand der politischen Ökonomie des Kaiserreiches*, in: Manfred Köhler, Keith Ulrich (Hg.), *Banken, Konjunktur und Politik. Beiträge zur Geschichte deutscher Banken im 19. und 20. Jahrhundert*, Essen 1995, S. 42–54.

die großen jüdischen Privatbankiers, die meistens global ausgezeichnet vernetzt waren, in den ersten Monaten ihre informellen Kontakte untereinander aufrecht zu erhalten. Zugleich standen sie aber auch unter einem wachsenden Druck in der jeweiligen Öffentlichkeit, die sie unter den Generalverdacht des Internationalismus stellte. Sie waren deshalb gezwungen, stets ihre nationale Loyalität unter Beweis zu stellen.¹⁵

Während britische und französische Firmen den Ausfall der Märkte in Zentraleuropa meistens nach einer gewissen Übergangszeit ersetzen konnten, bestand diese Möglichkeit für die Finanziere der Mittelmächte nicht. Nicht nur der Ausfall des Handels, sondern auch der Zusammenbruch der Kommunikationslinien und Informationsnetze ließ sich nur sehr unvollkommen über erhöhte Aktivitäten in den neutralen Staaten kompensieren. Da internationale Handelsfinanzierung und die Emission von Auslandsanleihen fast unmöglich war, blieben den deutschen und den österreichisch-ungarischen Finanziers praktisch nur die relativ begrenzten heimatischen Märkte. Durch die staatliche Bewirtschaftung von Rohstoffen, Lebensmitteln und Konsumgütern wurde der freie Handel nahezu vollständig ausgeschaltet. Auch aus diesem Grund stieg die Staatsquote steil an, und mangels Alternative mussten die großen Banken in wachsendem Maße Kriegsanleihen der Mittelmächte in ihr Portfolio aufnehmen. Vor 1914 hatten Handelswechsel für viele Banken die Basis des alltäglichen Geschäftes ausgemacht. Doch fanden diese sich seit 1916 fast überhaupt nicht mehr in den Depots.¹⁶ Nur wenige Bankiers erkannten, dass diese Anlagestruktur bei einer Niederlage existenzbedrohende Probleme verursachen musste.

Vor 1914 hatte der Kapitalexpert entscheidend zum Wirtschaftswachstum vor allem in Großbritannien, Frankreich und dem Deutschen Reich, im geringeren Maße auch in Belgien, den Niederlanden und anderen europäischen Industriestaaten beigetragen. Die Emission von Auslandsanleihen war häufig an industrielle Lieferverträge gekoppelt worden, so dass das Kapital streng genommen nicht exportiert, sondern auf Kosten ausländischer Kunden in die jeweils heimische Industrie investiert wurde. Da die jeweiligen Anleihen zugleich oft von multinationalen Konsortien emittiert und an mehreren europäischen Börsen gehandelt wurden, ist die präzise nationale Herkunft der jeweiligen Kapitalien heute nicht mehr bestimmbar. So kauften beispielsweise französische Anleger deutsche Papiere, die in Paris nicht gehandelt werden durften, einfach in der Schweiz oder in den Niederlanden, wenn sie sich davon Profite versprachen. Aus derartigen Transaktionen waren häufig sehr komplexe, multinationale und vor allem hoch dynamische

15 Vgl. Boris Barth, *Weder Bürgertum noch Adel – Zwischen Nationalstaat und kosmopolitischem Geschäft. Zur Gesellschaftsgeschichte der deutsch-jüdischen Hochfinanz vor dem Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 94–122.

16 Vgl. etwa Gerald D. Feldman, *Die Deutsche Bank vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 1914–1933*, in: Lothar Gall, Gerald D. Feldman, Harold James, Carl-Ludwig Holtfrerich, Hans E. Büschgen, *Die Deutsche Bank. 1870–1995*, München 1995, S. 137–314, hier S. 138f. und 145.

Netzwerke entstanden, die im August 1914 zerrissen. Zu diesem Zeitpunkt war die weitere Entwicklung der jeweiligen Auslandsverschuldung der verfeindeten Staaten nicht absehbar. Aber schon nach wenigen Monaten dürfte den meisten internationalen Investoren klar geworden sein, dass der Krieg selbst bei günstiger Entwicklung und vorsichtiger Anlagestrategie in großem Maßstab Kapital vernichten würde. Die Dimensionen waren aber nicht abzuschätzen: Beispielsweise konnte ein französischer Rentier im Herbst 1914 kaum voraussehen, dass seine bis dahin profitablen und sicheren Papiere mit Investitionen in russische Staatsanleihen nur wenige Jahre später bestenfalls noch zum Anzünden des Kamins taugen würden. Für die globalen Verhältnisse war ferner kennzeichnend, dass europäisches Kapital, das bis dahin für große Teile der Welt zur Verfügung stand, schlagartig ausblieb bzw. nur zu extrem ungünstigen Konditionen und unter politischen Vorbehalten zu erhalten war.

Auch in anderer Hinsicht förderte der Kriegsausbruch die Nationalisierung der zuvor internationalen ökonomischen Strukturen. Wie Ranald Michie gezeigt hat, war der Anteil der Deutschen, die an der Börse von London als Makler tätig waren, sehr hoch.¹⁷ Es kann angenommen werden, dass unter diesen viele deutsche Juden waren, die sich vorübergehend oder dauerhaft in England eine ökonomische Existenz aufgebaut hatten. Bei Kriegsausbruch ließ sich ein großer Teil von ihnen sofort naturalisieren, und die englischen Behörden scheinen ihnen dabei keine Probleme bereitet zu haben. Nicht nur beim Kapital, sondern auch auf individueller Ebene beförderte der britische Kriegseintritt deshalb eine schnelle Nationalisierung.

Schon kurz vor dem Ausbruch des Krieges griff die britische Regierung zu einer drastischen Maßnahme und unterbrach am 31. Juli 1914 einen Teil der deutschen Kommunikationslinien. Auf diese Weise wurden auch die Firmen in den Mittelmächten dauerhaft von den globalen Kommunikationsnetzen abgeschnitten. Bis heute ist nicht systematisch untersucht worden, auf welche Weise es den Deutschen dennoch gelang, ein umfassendes und bis ins Detail hervorragendes System der Informationsbeschaffung auch im ökonomischen Bereich aufzubauen – das allerdings der Privatwirtschaft nur wenig nutzte. Eine zentrale Rolle scheinen die Bank M. M. Warburg und die deutsche Botschaft in Stockholm gespielt zu haben. Immerhin verfügte die deutsche Regierung noch im Sommer 1918 über ausgezeichnete und sehr detaillierte Angaben über nahezu alle volkswirtschaftlich wichtigen Entwicklungen in den Staaten der Entente. Hieraus gingen z.B. die unzureichende Wirkung des U-Boot-Krieges und die drückende ökonomische Überlegenheit des feindlichen Lagers klar hervor. Bereits ab 1916 war somit klar, dass die Zentralmächte den Krieg ökonomisch nicht gewinnen konnten. Allerdings scheinen diese Berichte von den deutschen Militärs und den Diplomaten vollständig ignoriert worden zu sein.¹⁸

17 Vgl. Ranald Michie, *The London Stock Exchange. A History*, Oxford 1998, S. 144.

18 Vgl. die Quellen in: *Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (GStA), Rep. 151: Finanzministerium, HB: Hauptbüro.*

Niels Petersson hat hervorgehoben, dass vor dem Ersten Weltkrieg die Dichte des staatlichen regulatorischen Eingreifens in die Wirtschaft gering gewesen sei. Denn viele Bereiche hätten als „technisch“ gegolten und seien deshalb als politischer Gestaltung nicht zugänglich oder nicht bedürftig erschienen.¹⁹ Die massive Zunahme staatlicher Regulierungen, die im 19. Jahrhundert kaum denkbar gewesen wären, betraf fast jeden alltäglichen Bereich. Dies soll anhand eines nur scheinbar kleinen Beispiels illustriert werden: Die freie Migration war vor 1914 nur in Ausnahmen, z.B. seit 1890 bei der Zuwanderung in die USA, eingeschränkt worden. Schon kurz nach Ausbruch des Krieges wurden hingegen in allen Ländern umfangreiche Bürokratien aufgebaut, die die Tätigkeit von Ausländern überwachen und Ströme von Flüchtlingen in gewünschte Richtungen kanalisieren sollten. Auch diese Behörden, die Aufenthaltsgenehmigungen erteilten oder verweigerten, für das Passwesen, Visa und die Meldepflicht zuständig waren, sollten lediglich vorübergehend tätig werden. Nach 1918 hatten gerade in Großbritannien die Regierungen jedoch die außerordentlichen Vorteile erkannt, die sich durch derartige Regelungen für die Bevölkerungs- und Migrationskontrolle ergaben. Vor 1914 konnten Grenzen häufig ohne Reisepässe überquert werden, nach Ausbruch des Krieges wurde die ursprüngliche Improvisation bis heute zu einem etablierten Instrument staatlicher Kontrolle. Die hohe Mobilität und die transkontinentalen Wanderungsbewegungen wurden drastisch eingeschränkt.²⁰

ENT-EUROPÄISIERUNG ODER DE-GLOBALISIERUNG DES WELTHANDELS?

Nicht nur aus der militärischen, sondern auch aus der ökonomischen Perspektive ist die Charakterisierung des Großen Krieges als „Weltkrieg“ problematisch. Eigentlich handelte es sich um einen europäischen Krieg, der – ähnlich wie der siebenjährige Krieg – in der Welt ausgetragen wurde. Handelsnetze, die vor 1914 von europäischen Firmen dominiert worden waren, wurden teilweise zerstört. Teilweise wurden sie aber auch von anderen, nicht-europäischen Marktteilnehmern übernommen bzw. umgeformt. Die zentrale These dieses Beitrags ist, dass es sich bei diesen Vorgängen nicht um einen Prozess der De-Globalisierung, sondern der Ent-Europäisierung einiger außereuropäischer Handelsnetze und Märkte handelte, die damit aber nicht automatisch auch aus der weiterhin stark globalisierten Weltökonomie hinausfielen. Die eigentliche De-Globalisierung fand erst in der großen Depression der 1930er Jahre statt, die allerdings durchaus auch als eine langfristige Folge des Krieges interpretiert werden kann.

19 Vgl. Niels P. Petersson, *Anarchie und Weltrecht. Das Deutsche Reich und die Institutionen der Weltwirtschaft 1890–1930*, Göttingen 2009, S. 340.

20 Vgl. Christiane Reinecke, *Grenzen der Freizügigkeit. Migrationskontrolle in Großbritannien und Deutschland, 1880–1930*, München 2010, S. 267f.

In der älteren Literatur ist häufig hervorgehoben worden, dass die führende Rolle Londons als Finanzzentrum der Welt nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Ende gekommen sei und dass New York zunehmend die Funktion der *City* übernommen habe. Dieses pauschale Urteil muss allerdings stark differenziert werden. Es trifft uneingeschränkt für die Emissionsmärkte zu: Da in Paris und in London fast kein privates Kapital mehr für Anleihen zur Verfügung stand, übernahm die Wall Street diese Funktion als globaler Geldgeber. Allerdings zeigt eine detaillierte Betrachtung, dass nach dem Ende der Anpassungskrise schon in den frühen 1920er Jahren London im Bereich der Handelsfinanzierung direkt an die Vorkriegszeit anknüpfte und dass keineswegs von einem Finanzplatz im Niedergang gesprochen werden kann. Abgesehen von den Auslandsemissionen hielten die Londoner Banken auf nahezu allen anderen Geschäftsfeldern ihre führende Position. Vor allem die großen Merchant- und Überseebanken nutzten weiterhin ihre speziellen, in vielen Jahrzehnten erworbenen Kompetenzen, um Marktanteile, die im Krieg verloren gegangen waren, zurückzugewinnen. Wie wichtig London blieb, ist auch daran zu erkennen, dass sich die Zahl der Auslandsfilialen britischer Banken deutlich erhöhte: Zwischen 1913 und 1928 stieg die Zahl von 1387 auf 2253 an.²¹ Der Bedeutungsverlust Londons lag also gerade nicht im ökonomischen, sondern eher im politischen Bereich. Auslandsanleihen konnten in bestimmten Situationen auch eine wirkungsvolle außenpolitische Waffe darstellen, die der britischen Diplomatie nach 1918 nicht mehr zur Verfügung stand.

Am deutlichsten war die Ent-Europäisierung im Falle von Mittel- und Südamerika. Hier bestanden in verschiedenen Branchen lange etablierte und gut funktionierende Handelsbeziehungen zwischen verschiedenen Ländern und dem Deutschen Reich. Auch wenn der direkte bilaterale Handel schon im August 1914 zum Erliegen kam, wurden diejenigen deutschen Firmen, die in Lateinamerika gut etabliert waren, zunächst nur wenig getroffen. Leider fehlen Detailstudien, die zeigen, mit welchen Mitteln es Handelshäuser und Banken gelang, zumindest die ersten Jahre des Krieges zu überstehen und in einigen Fällen sogar erhebliche Gewinne zu erzielen. Da diese Firmen gegenüber der Entente erfolgreich mit großer Geheimhaltung operierten, ist die Quellenlage schlecht.²² Zu vermuten ist, dass sie in den jeweiligen lokalen Strukturen fest verwurzelt waren und außerdem über sehr gute formelle und informelle Kontakte zu den jeweiligen Eliten verfügten. Erst der Kriegseintritt der USA bedeutete hier einen tiefen Einschnitt, weil nun massiver politischer Druck auf alle Staaten Lateinamerikas ausgeübt wurde, die deutschen Firmen zu enteignen. Ob und inwieweit diese Enteignungen aber durchgeführt wurden, ist schlecht erforscht. In vielen Fällen ist eine schleichende

21 Youssef Cassis, *Metropolen des Kapitals. Die Geschichte der internationalen Finanzzentren 1780–2005*, Hamburg 2007, S. 235–244.

22 Die einschlägige bankhistorische Literatur gibt für diese Frage nur wenig her. Vgl. etwa Johannes Bähr, *Zwischen zwei Kontinenten. Hundert Jahre Dresdner Bank Lateinamerika vormals Deutsch-Südamerikanische Bank*, Dresden 2007.

„Lateinamerikanisierung“ anzunehmen, die sowohl das Kapital, als auch das Leitungspersonal betraf.

Mit zunehmender Kriegsdauer war die britische Industrie nicht mehr in der Lage, gleichzeitig die Bedürfnisse der Rüstung zu befriedigen und ausreichende Mengen von Konsumgütern für die zuvor dominierten Weltmärkte zu produzieren. Da die deutsche Konkurrenz ohnehin wegen der Blockade ausgeschaltet war, ergab sich daher für zahlreiche Länder an der so genannten Peripherie die Möglichkeit, selbständig in diese Lücke vorzustoßen. Lateinamerika war für zahlreiche britische, deutsche und französische Firmen und Banken vor 1914 ein großer, hart umkämpfter und vor allem gewinnbringender Markt gewesen, der nur langsam von US-amerikanischen Unternehmen durchdrungen wurde. Durch den Ausfall der europäischen Konkurrenz entstand für lokale Produzenten die Möglichkeit, eigene Industrieunternehmen aufzubauen.

Infolge des Kriegsausbruchs mussten auf der ganzen Welt zuvor rege benutzte Handelsrouten eingeschränkt werden. Manche verschwanden ganz. Die deutsche Handelsflotte fiel völlig aus, und britischer ziviler Schiffsraum wurde nun fast ausschließlich für die Versorgung der Insel bzw. für militärische Zwecke genutzt. Auch hier ergaben sich neue Marktchancen für Reedereien aus neutralen Ländern. Die erheblichen Verschiebungen der Handelswege, die gerade auch in Ostasien zu beobachten waren, sind bisher systematisch nicht dargestellt bzw. analysiert worden. Am Beispiel des kleinen europäischen Staates Norwegen lässt sich zeigen, wie bestehende Handelsrouten zunächst quasi übernommen wurden, wie dann aber auch wegen der zunehmenden Totalität des Krieges eine wirkliche Neutralität immer schwieriger wurde. Da die britische Handelsflotte fast vollständig für die Versorgung des Mutterlandes benötigt wurde, wurde der Handel zwischen Großbritannien und Russland in den arktischen Gewässern seit 1915 von neutralen norwegischen Schiffen übernommen. Durch die Übernahme dieser Vermittlerstellung wurde Norwegen aber zugleich zum Ziel der deutschen Kriegsführung. Im Winter 1916/17, schon vor der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, griffen deutsche U-Boote diese Handelsroute gezielt an und versenkten innerhalb von vier Monaten ohne Vorwarnung 143 norwegische Schiffe.²³ In anderen Regionen der Welt hatte der Rückgang der britischen Präsenz keine derart dramatischen Folgen, sondern förderte eher die Entwicklung neuer regionaler Unternehmen und Reedereien, die nach 1918 den Europäern Konkurrenz machen sollten.

Vor allem durch die aggressive britische Blockadepolitik wurden von Anfang an zahlreiche Firmen aus neutralen Staaten in den Konflikt hineingezogen. Bis dahin ausschließlich ökonomische Handelsbeziehungen wurden politisiert. Erstens wurden ausnahmslos alle Waren, die in die Zentralmächte geliefert wurden, als Kontrabande behandelt. Zweitens versuchte die britische Regierung mit wachsendem Erfolg, auch solche Firmen aus neutralen Staaten, die Handel auf beiden

23 Vgl. Patrick Salmon, *Scandinavia and the Great Powers, 1890–1940*, Cambridge 1997, S. 138f.

Seiten trieben, systematisch auszuschalten. Als wirksame Mittel erwiesen sich die „Black Lists“ und der „Trading with the Enemy Act“. Zunächst wurde den eigenen Staatsbürgern jeder Handel mit Mitgliedern der Feindstaaten verboten. Dann wurden diese Maßnahmen kontinuierlich verschärft und auch auf Angehörige neutraler Länder ausgedehnt. Interessanterweise haben einige der britischen Alliierten diese harten Maßnahmen nur zögernd mitgetragen. Beispielsweise ging die russische Regierung sehr viel später und zurückhaltender als die Engländer zu einer konsequenten ökonomischen und finanziellen Kriegsführung gegen die Zentralmächte über.

FAZIT

Es ist außerordentlich schwierig, die Bedeutung des Kriegsausbruchs für die konjunkturellen Entwicklungen in Europa präzise zu bestimmen, weil das statistische Material generelle Schlüsse nur sehr begrenzt zulässt und internationale Vergleiche wegen der unterschiedlichen nationalen Methoden der Erfassung der relevanten Daten problematisch sind. Betrachtet man nur den Kriegsausbruch im August 1914, so waren die Auswirkungen auf eine globale Wirtschaft sicherlich erkennbar, aber doch begrenzt. Es ist außerdem kaum möglich, den genauen Zeitpunkt zu bestimmen, von dem an die durch den Krieg bedingten ökonomischen Veränderungen irreversibel wurden und das Ende des Zeitalters der von Europa dominierten Globalisierung einleiteten. Der Krieg bedeutete auch nicht einfach einen Abbruch der Globalisierung. Vielmehr verschoben sich die Zentren und die Peripherien der weltweiten ökonomischen Integration zunächst sehr langsam, dann aber dauerhaft. Deshalb handelte es sich nicht so sehr um einen Prozess der De-Globalisierung, sondern vielmehr um einen der Ent-Europäisierung.